

THOMAS HELD

Die Schweiz und ihre Raumplanung

Dank vieler Ausnahmen und einer Gnadenfrist bis Ende Jahr beruhigte die bundesrätliche Verordnung über die Zweitwohnungen die Gemüter in den Bergregionen ein klein wenig. Tatsächlich aber hat die Auseinandersetzung um die Zukunft der Landschaft Schweiz gerade erst begonnen. Gegen das neue Raumplanungsgesetz wurde vom Gewerbeverband und der Immobilienwirtschaft das Referendum ergriffen. Die Jung-CVP sammelt Unterschriften gegen diese «Bevormundung der Kantone» — obwohl der Ständerat, der doch solches abblockt, die weichen Formulierungen mit 30:10 Stimmen angenommen hat. Das Referendum setzt auf den Schock der Bergkantone nach dem Zufallsmehr für die Zweitwohnungsinitiative. Auch «Unfälle» wie die Annahme der Kulturlandinitiative im Kanton Zürich sollen verhindert, der neue raumplanerische Impetus im Keim erstickt werden.

Ob dies mit den einfachen Parolen gegen Eingriffe ins Eigentum, gegen «komplizierte» Verfahren und gegen die Verteuerung des Wohnens gelingt, scheint mehr als fraglich. Die Organisatoren des Referendums fahren auch eine Risikostrategie, weil ohne das neue Raumplanungsgesetz die Initiative der Landschaftsschützer zur Abstimmung kommt. Das Referendum gegen diesen gut schweizerischen Kompromiss verpflichtet die Gegner, später auch die

populäre Initiative zu bekämpfen. Ob sich der aufwendige Abwehrkampf auf Dauer durchhalten lässt, ist ungewiss. Schon kündigt Benedikt Loderer, der wohl kompetenteste Kämpfer für das Landschaftsbild der Schweiz, eine neue, wesentlich grundsätzlichere und umfassendere Landinitiative an. Nach dem Vorbild des Waldgesetzes von 1876 soll auf der grünen Wiese nur noch gebaut werden dürfen, wenn gleichzeitig eine entsprechende Fläche der Überbauung entzogen würde. Auf bebauten Flächen wären hingegen Neubauten mit höherer Ausnutzung zulässig.

Gibt es einen Pfad zwischen dem rückwärtsgewandten Abwehrkampf gegen Baubeschränkungen und der utopischen Ausdehnung des Kulturlandschutzes auf die ganze Fläche der Schweiz? Oder nur die Wahl zwischen Zubetonieren und einer Quasi-Verstaatlichung des Bodens — wie heute schon beim Wald? Zwei Pfähle scheinen eingeschlagen: Zum einen ist die Siedlungsentwicklung jenseits politischer Ideologie offensichtlich nicht nachhaltig — und steht zudem in Gegensatz zum Verfassungsauftrag vom haushälterischen Umgang mit dem Boden. Zum anderen steht die ganze Idee der Raumplanung im Widerspruch zu schweizerischen Kerneinrichtungen wie der Gemeindeautonomie und dem hohen Schutz des Privateigentums. Aber auch linke und grüne Errun-

genenschaften wie die flächendeckende Versorgung mit (Fast-)Gratisinfrastruktur verhindern eine gute Siedlungsplanung.

Die Raumplanung konnte diesen Gegebenheiten bisher kaum etwas Handfestes entgegensetzen. Die Diskussionen spielen sich im akademischen Elfenbeinturm ab, im seltensten Fall finden die Studien den Weg in die Feuilletons. Weder der technische Diskurs der Planer noch die Visionen der Architekten und Urbanisten erreichen die Politik in den Kantonen und Gemeinden oder gar das Volk. Es ist deswegen ein Glücksfall, dass vermehrt Experten Szenarien entwickeln, wie ein Weiterbau der Schweiz ohne weitere Zersiedelung, aber unter den Bedingungen des freien Marktes aussehen könnte. Ein besonders gelungenes Beispiel ist die neue Publikation einer Architektengruppe unter dem Namen Krokodil. Ihr «Manifest für eine Stadt im Werden»* bleibt nicht im üblichen ästhetisch oder utopisch abgehobenen Urbanistikdiskurs stecken, sondern zeigt klar, wie das Gebiet zwischen Greifensee und Flughafen in einer zukünftigen städtischen Schweiz aussehen könnte.

* «Glatt! Manifest für eine Stadt im Werden», Architektengruppe Krokodil, Park Books, 2012

THOMAS HELD ist Soziologe und führt in Zürich ein Beratungs- und Managementbüro.